

Webinar: Gaza-Krieg, Völkerrecht und regionale Eskalationsgefahr. 2. Mai 2024

Der Krieg in Gaza dauert jetzt bald sieben Monate. Nichts hat ihn zu stoppen vermocht, nicht die UNO noch der IGH, schon gar nicht die schwachen Mahnungen der Freunde Israels, Regierung und Armee mögen sich an das humanitäre Völkerrecht halten und eine Waffenpause einlegen. Der Grund ist offensichtlich, denn der Pate Israels, die USA, ist gegen die Einstellung des Krieges und unterstützt das Ziel der israelischen Kriegsführung, die Hamas zu vernichten. Darüber sollten wir uns nicht täuschen lassen, eine Waffenpause ist nur eine Pause. Das späte Plädoyer der deutschen Bundesregierung für einen Waffenstillstand hat eher symbolische Bedeutung ohne strategischen Wert.

Betrachten wir die Intention und Strategie der drei Hauptbeteiligten Israel, USA und Hamas, so werden die Dauer dieses furchtbaren Massakers mit weit über 34 000 Toten und sein noch nicht absehbares Ende verständlich.

Netanjahu spricht offen aus, was er will, und man sollte ihn wörtlich nehmen: die Vernichtung der Hamas, was immer es kostet. Das ist die Vollstreckung des expansiven und aggressiven Zionismus, wie er bei Ben Gurion schon angelegt und von Wladimir Sabotinsky weiter in die jüdische Gesellschaft gepflanzt wurde. Ob Scharon, Olmert oder Netanjahu, sie alle sind Exponenten dieses scharfen auf Expansion, Landraub und Vertreibung zielenden Zionismus nach dem alten Schlachtruf von Ben Gurion. „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“. Was 1948/49 mit der Staatsgründung Israels für die palästinensische Bevölkerung zur Naqba – Katastrophe wurde, war nur der Auftakt einer Vision, die der Zionismus nie aus den Augen verloren hat. Wer drohte, sie zu vergessen oder zu verleugnen, wie Rabin, wurde ermordet. Die Radikalität dieser Ideologie scheute nie vor Krieg und militärischer Gewalt zurück, da ihr mit ihrer militärischen Überlegenheit der Sieg immer sicher war. Allerdings werden das Ausmaß und die Unbedingtheit dieser Radikalität erst jetzt in Gaza deutlich, wo die politische und militärische Führung die Schwelle zum Völkermord überschreitet. Auch der US-amerikanische Ökonom Michael Hudson macht sich keine Illusionen über die historische Tiefe dieser Politik. In seinen Worten:

„Der Völkermord, den Sie heute erleben, ist also eine ausdrückliche Politik, und das war die Politik der Vorväter, der Gründer Israels. Die Idee eines Landes ohne Menschen war ein Land ohne Araber, ein Land ohne nicht-jüdische Menschen. Das war es, was es wirklich bedeutete. Sie sollten noch vor der offiziellen Gründung Israels, der ersten Nakba, dem arabischen Holocaust, vertrieben werden. Und die beiden israelischen Premierminister waren Mitglieder der Stern-Bande von Terroristen. Die Terroristen wurden zu den Herrschern Israels...“

Unabhängig von den ideologischen Triebkräften spielt natürlich die Überlebenstrategie Netanjahus in diesem Krieg eine besondere Rolle. Sein Rückhalt in der israelischen Bevölkerung ist offensichtlich stark geschrumpft: die zahlreichen Korruptionsvorwürfe, sein Angriff auf die Justiz mit einem offen rassistischen Kabinett und die wachsenden Zweifel an seiner Kriegsführung ohne erkennbare Rücksicht auf die Geiseln in Gaza. Eine

Verständigung mit der Hamas über ein schnelles Ende des Krieges würde auch für ihn das Ende seiner politischen Immunität und den Anfang eines peinlichen Prozesses bedeuten. Es gibt Stimmen, die vermuten, dass Netanjahu den Krieg bis zu den US-Wahlen hinziehen wird und in dem möglichen neuen Präsidenten Trump seinen Rettungsanker sieht - eine trügerische Hoffnung. Vor wenigen Tagen wurde der Untergeneralsekretär für Humanitäre Angelegenheiten Martin Griffith deutlich, als er sagte:

„Die einfachste Wahrheit ist, dass eine Bodenoffensive in Rafah nichts weniger als eine Tragödie jenseits aller Worte ist. Kein humanitärer Plan kann das auffangen“

Schauen wir auf die USA. Sie sind für Netanjahu und Israel seit Jahrzehnten der stärkste Verbündete und Schutzschild, so wie Israel für die USA der wichtigste Pfeiler im Mittleren Osten ist. Das liegt nicht nur an der jüdischen und evangelikalen Lobby in Washington, sondern vor allem an den nach wie vor in der Region liegenden reichen Ölvorkommen. Die strategische Position eines unbedingt loyalen und abhängigen Partners im arabischen Umfeld ist zudem besonders wichtig in der sich stetig aufbauenden Konfrontation zur Volksrepublik China. Die Dominanz im Nahen Osten ist einer der Fixpunkte US-amerikanischer Außenpolitik seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Noch einmal Michael Hudson in einem kürzlichen Interview zum Gaza-Krieg:

„Was Sie heute sehen, ist also nicht nur das Werk eines einzelnen Mannes, von Benjamin Netanjahu. Es ist das Werk des Teams, das Präsident Biden zusammengestellt hat. Es ist das Team von Jake Sullivan, dem Nationalen Sicherheitsberater Blinken, und dem ganzen tiefen Staat, der ganzen Neokongruppe hinter ihnen, Victoria Nuland und allen anderen. Sie alle sind selbsternannte Zionisten. Und sie haben diesen Plan für die Beherrschung des Nahen Ostens durch Amerika Jahrzehnt für Jahrzehnt durchgespielt.“

Hudson meint sogar, dass die israelische Strategie der Besetzung und Kriegsführung auf den US-amerikanischen Praktiken und Erfahrungen im Vietnam-Krieg aufbaut. Ich will darauf hier nicht weiter eingehen. Ich stimme aber der Quintessenz seiner Analyse zu, dass die israelische Besatzungspolitik auf der gemeinsamen Strategie mit den USA beruht, den palästinensischen Faktor in der Region auszuschalten. Über die Methoden und Praktiken mag es, wie jetzt der Dissens über die drohende Rafah-Offensive zwischen den Präsidenten Biden und Netanjahu zeigt, Meinungsverschiedenheiten geben - im gemeinsamen Ziel ihrer Politik sind sie sich aber einig. Auch dies sieht Michael Hudson nicht anders:

„Ich möchte klarstellen, dass dies nicht einfach ein israelischer Krieg gegen die Hamas ist. Es ist ein von den USA unterstützter israelischer Krieg. Jeder von ihnen hat seine eigenen Ziele. Israels Ziel ist es, ein Land ohne nicht-jüdische Bevölkerung zu haben. Und Amerikas Ziel ist es, dass Israel als lokaler Koordinator agiert, so wie es die Arbeit mit ISIS und den ISIS-Kommandeuren koordiniert hat, um sie gegen von den Vereinigten Staaten bereitgestellte Ziele zu wenden.“

Trotz aller öffentlichen Kritik an der gnadenlosen Kriegsführung der israelischen Armee -, wenn es zur Abstimmung in der UNO kommt, kann Israel auf den Schutz der USA bauen. Die jüngste Stimmenthaltung der USA bei der Forderung nach einem

Waffenstillstand im Sicherheitsrat, sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA derzeit nicht gewillt sind, dieses Votum auch gegenüber der israelischen Regierung durchzusetzen. Sie wäre die einzige Regierung, die das könnte. Selbst schwere Kriegsverbrechen der israelischen Armee, die Biden jetzt rügt, veranlassen ihn nicht zu wirksamen Maßnahmen diese zu unterbinden, zum Beispiel Stopp der Waffenlieferung oder Stopp der Finanzierung der Besatzung, so wie sie es unmittelbar nach den unbewiesenen Vorwürfen Israels gegen das UNRWA verfügt haben.

Biden ist bestimmt in einer schwierigen Situation. Der Wahlkampf hat begonnen und die Proteste an den großen Universitäten gegen seine Israel-Unterstützung erinnern in ihrer Wut und Intensität an die Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, die seinerzeit die Regierungspolitik unterminiert haben. Das zwingt ihn zu einer Modifikation seiner Erklärungen aber kaum seiner Politik.

Und schließlich möchte ich noch auf ein generelles mit dieser konzertierten Politik intendiertes Ziel hinweisen. So wie Israel Jahrzehnte hindurch eine tiefe Verachtung des geltenden Völkerrechts durch seine Besatzung gezeigt hat, ist auch der notorische Völkerrechtsnihilismus der US-Administrationen auf die Ersetzung des Völkerrechts durch eine „regelbasierte Ordnung“ aus – wir kennen das. Es bedürfte dieser neuen Ordnung nicht, wenn man sich an das Völkerrecht hielt. Eine „regelbasierte Ordnung“ hat jedoch den Vorteil, nach den eigenen Interessen gebastelt zu sein und je nach Bedarf zu empfehlen oder zu verpflichten.

Wenden wir uns zum Schluss noch der dritten Kraft in diesem Dreieck zu, der Hamas. Sie ist seit langem in Politik und Medien der beiden anderen Kräfte die militant-islamistische Terrororganisation – das heißt nicht verhandlungswürdig. Sie ist nicht am Frieden interessiert, sondern wie erst jüngst von der deutschen Außenministerin befunden, allein für die Verlängerung des Krieges verantwortlich. Als reine Terrororganisation wird ihr das Recht auf Widerstand abgesprochen und beim Thema Kriegsverbrechen fällt vorwiegend der Name der Hamas. Sie wird „hors de la loi“, aus der Rechtsordnung ausgesondert, beliebig angreifbar und vernichtbar. Ein Widerstandsrecht wird ihr ohnehin nicht zuerkannt. Keiner der Protagonisten dieser Sichtweise erinnert sich offensichtlich der Zeit der kolonialen Befreiungskämpfe in den sechziger und siebziger Jahren. Alle Befreiungsbewegungen von der FLN in Algerien über die MPLA in Angola, die Frelimo in Mozambique bis zum ANC in Südafrika sowie Fatah und PLO in Palästina waren für die alten Kolonialmächte Terrororganisationen – bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie ihre Kampfanzüge gegen Maßanzüge tauschten und die Regierung übernahmen.

Das Recht auf Selbstbestimmung war die rechtliche Grundlage des Befreiungskampfes gegen die Kolonialbesatzung, der auch mit Gewalt und militärischen Mitteln geführt werden durfte. Das hatte die große Mehrheit der Staaten in der UNO gegen die alten Kolonialmächte, die sich fast alle in der NATO wiederfanden, durchgesetzt. Dagegen aber wehren sich diese Staaten bis heute und verstehen das offensichtlich als ihre „regelbasierte Ordnung“, die sie dem in langen Jahren erkämpften Selbstbestimmungsrecht entgegensetzen. Das ausgerechnet Erdogan, der in seinem Land das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes bekämpft, die Hamas als

Befreiungsbewegung anerkennt, ist bestimmt nicht sehr überzeugend. Aber auch die chinesische Delegation hat in ihrer Erklärung vor dem Internationalen Strafgerichtshof im Streit Südafrikas gegen Israel den Palästinensern ein Recht auf militärische Gewalt gegen die israelische Besatzung zuerkannt. Doch auch das hat insbesondere die Bundesregierung in der Fixierung auf ihre imaginäre Staatsräson nicht von ihrer spätkolonialen Haltung lösen können.

Die Schutzstaaten um Israel herum weigern sich, die Hamas als Befreiungsbewegung des palästinensischen Volkes anzuerkennen, wie sie wohl generell ein Befreiungsrecht bestreiten. Sie fixieren Hamas auf ein altes Ziel, Israel zu vernichten, weigern sich aber anzuerkennen, dass die Hamas wiederholt nur den Rückzug aus allen besetzten Gebieten und die Freilassung von tausenden palästinensischer Gefangenen aus israelischen Gefängnissen verlangt hat. Verlasst unser Land, heißt die Forderung. Schon 2006 hat die Hamas die Anerkennung Israels angekündigt, wenn der Staat seinerseits die Grenzen von 1967 definitiv anerkennt – was bisher bekanntlich nicht geschehen ist. Nebenbei bemerkt, kennt das Völkerrecht kein juristisch anerkanntes Existenzrecht eines Staates. Er kann untergehen, aufgelöst oder geteilt werden, seine Existenz ist durch keine rechtliche Institution garantiert. Man mag Verständnis dafür haben, dass den vorwiegend christlichen Staaten das islamische Gesellschaftsmodell der Hamas so nachhaltig missfällt, aber das hat keine Bedeutung für die Anerkennung oder Ablehnung des Kampfes als Befreiungsbewegung. Sie genießt alle Rechte und Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts, insbesondere des Zweiten Protokolls der Genfer Konventionen für nichtinternationale Konflikte von 1977.

Es ist wie mit der PLO. Rabin wollte nie mit der Terrororganisation verhandeln, schließlich schüttelte er 1993 die Hand von Yassir Arafat.

Ich möchte zum Abschluss noch einige kurze Anmerkungen zu den möglichen Perspektiven nach dem Ende des Krieges machen. Der von vielen auch in der hiesigen Palästinasolidarität propagierte jüdisch-arabischer Staat ist vor allem nach diesem Krieg nicht mehr denkbar, er ist eine Illusion. Er würde zudem die Fortsetzung der Apartheid bedeuten.

Die Trennung in zwei Staaten, evtl. verbunden in einer Konföderation, würde die Beendigung der Besatzung und die Entscheidung der Siedler darüber, in welchem Staat sie letztendlich leben wollen, voraussetzen. Eine solche Lösung ist nicht unmöglich, aber nur mit dem Druck und der Hilfe von außen, sprich der USA, zu erreichen. Würde die USA vorangehen, würde die Bundesregierung wohl folgen, aber keine eigenen Initiativen entwickeln.

Die skeptischste Variante lässt den Krieg in eine wie auch immer gestaltete Besatzung auslaufen unter dem Vorwand, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und zu garantieren. Hinter der Fassade des Wiederaufbaus mit den Geldern aus den Golfstaaten und der technischen Hilfe von USA, BRD und Türkei wird aber das alte Programm der Unterdrückung und Vertreibung nicht vergessen werden.

So bleibt meiner Meinung nach nur die Beendigung der Besatzung und die völkerrechtliche Anerkennung des palästinensischen Staates wie es bereits 138 Staaten

getan haben, als einzige Lösung, um den Menschen in Palästina endlich ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Norman Paech